

staat das wahrscheinlich größte Wildererheer der Welt — auf spärliches Getier.

In der Provinz Turin kommen auf jeden Hasen etwa fünf Jäger. Der sardische Hirsch und der Seeadler sind ausgerottet, Steinbock und Wildschwein werden rar. Schlagerstar Adriano Celentano besang im Fernsehen bereits den „letzten Vogel“.

Beim Gedränge in Feld und Flur hält mancher Jäger den Kollegen für die Beute. So schossen sich bei Pisa zwei Bauern um einen Fasanen; einer starb, dem anderen mußte ein Bein amputiert werden.

Umweltschützer, Tier- und Menschenfreunde begehren gegen das jährliche Massaker auf. In Turin läßt Jagdfeind Ferrero im September eines jeden Jahres Messen „für die Opfer des Jagdsports“ lesen.

„Das Verschwinden der Fauna verursacht schwere Störungen im ökologischen Gleichgewicht“, mahnte die nationale Tierschutzbehörde. Daher „sollte die Jagd wenigstens ein paar Jahre geschlossen werden“.

Der nationale Forschungsrat drängt auf eine grundsätzliche Reform des geltenden Prinzips, nach dem das Wild „res nullius“ (niemandes Sache) ist und daher von jedem Lizenz-Jäger getötet werden kann. Ein Gesetzentwurf will die Fauna zur „res communis“, zum Eigentum aller, erklären.

Italiens Jagdverbände reagieren auf die wachsende Kritik beleidigt. Sie beteuern, daß von 100 Vögeln nur 28 durch Schüsse sterben, die anderen an Pflanzenschutzmitteln, Industrie- und Entwaldung zugrunde gehen. Zudem rechnen die Jäger vor, daß sie jedes Jahr 160 000 Hasen (meist aus dem Ostblock eingeflogen), 200 000 Fasane und 60 000 Rebhühner „zur Wiederbelebung der Fauna“ aussetzen. Ein Jagdgegner: „Das machen die doch bloß, um wieder was zum Abknallen zu haben.“

Rigoroser Tierschutz scheint zwischen Mailand und Messina freilich unmöglich. Denn zu viele Bürger sind jagdbesessen. Und die Jägerlobby, zu der beispielsweise Jugend-Minister Giulio Caiati gehört, bekämpft jeden Vorschlag, einen Jagdstopp zu verhängen. Auch viele Geschäftsleute wollen, daß munter gefeuert wird: Italiens Büchsen-träger geben pro Jahr 170 Milliarden Lire (942 Millionen Mark) für ihr Hobby aus. 250 Jagdwaffenfabriken bauen 450 000 Flinten im Jahr.

Bartolo Ciccardini, christdemokratischer Abgeordneter aus Rom, fühlt sich von Jägern verfolgt. Denn er hat ein Gesetz eingebracht, nach dem die Jagd in ganz Italien für zwei Jahre verboten werden soll. Prompt drohte ihm eine „Abordnung freier Jäger“: Wenn er den Antrag nicht zurückziehe, werde auf ihn geschossen.

## ISLAND

### Kappmesser am Bug

**Gegen isländische Fischereischuttsboote, die Briten-Trawlern das Schleppnetz abschneiden, schickte London ein Kriegsschiff aus.**

Isländische Fischereischuttsboote schossen in Richtung der englischen Fischdampfer — mit Kameras. Die Briten erwiderten die Schnappschüsse — mit Lautsprechern, die „Britannia rule the waves“ schmetterten.

So verlief rund um Island die erste Woche des Kabeljaukrieges zwischen Großbritannien (55 Millionen Einwohner) und Klein-Island (0,2 Millionen) eher komisch. Einige Briten-Trawler führten zum Hohn die schwarze Piratenflagge mit dem Totenkopf.

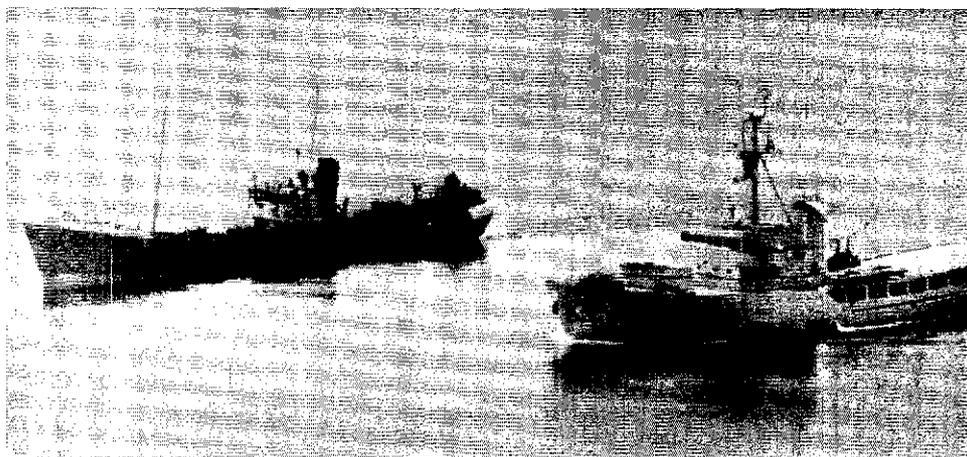
Völkerrechtlich ist nicht fixiert, ob die britischen und mit ihnen die deut-

Die bundesdeutsche Fischereiflotte, von den unbewaffneten Fischereischuttsbooten „Meerkatze“ und „Frithjof“ begleitet, zeigte ihre (international vorgeschriebenen) Kennzeichen und bewegte sich mehr am Rande des Geschehens.

Die Angelsachsen aber waren nicht so pingelig. Deren Trawler hatten ihre Kennzeichen übermalt und ihre Bordwände mit alten Netzen und Stahlrossen drapiert, die das Entern durch isländische Fischereischuttsbeamte verhindern sollen.

Londons „Sunday Times“ schadenfroh: Die Isländer würden sich an den zeretzten Trossen die Hände aufreißen und unterdes „mit faulen Kartoffeln bombardiert werden“.

Solchem Kampfgeist seines Nato-Verbündeten ist Islands Fischereischuttsflotte kaum gewachsen. Sie zählt nur 120 Mann auf fünf kleinen, älteren Booten (von denen eines zur Zeit in Dänemark repariert wird), die mit je



**Briten-Trawler, Island-Schuttsboot: Faule Kartoffeln und alte Kanonen**

schen Hochseefischer Piraten sind, wenn sie, wie seit Jahrhunderten, in jenen Breiten fischen, die Island am 1. September seinen Hoheitsgewässern einverleibt hat: 50 Seemeilen statt bislang zwölf.

Der isländischen Absicht, Kabeljau, Heringe und Schellfisch des umstrittenen Gebietes zu nationalisieren, hatte der von England und Westdeutschland angerufene Internationale Gerichtshof in Den Haag am 17. August widersprochen, doch Island wollte sich nicht beugen. Das kalte, öde Land, dessen Export zu 80 Prozent aus Fischereiprodukten besteht, sprach den Haagern die Zuständigkeit ab, weil für Seegrenzaunderungen noch keine völkerrechtlichen Regeln bestünden.

Am 1. September feierte ganz Island die neue Grenze mit Festbeflaggung und der festen Entschlossenheit, sie zu schützen. Aber mit dem Vorsatz, sie zu verletzen, waren bereits — auf den Haager Gerichtsspruch pochend — an die hundert, zumeist britische Trawler im Anmarsch.

einer Vorkriegs-Kanone (Kaliber 4,7 bis 5,7 Zentimeter) bestückt sind, für die keine Munition mehr hergestellt wird. Und die Boote sind langsam. Sie laufen nur 12 bis 19 Knoten, die Fremden jedoch 20 Knoten.

Zunächst fotografierten die Isländer nur, um die Anonymen später identifizieren und gerichtlich belangen zu können, und sie erteilten Verwarnungen, um die sich freilich die Briten nicht scherten.

Bislang hatten die fremden Fischer die Hälfte aller unter Island gefangenen Fische entführt. Seit 1966 ist die Jahresbeute der Isländer um rund 40 Prozent geschrumpft, an Heringen allein von 770 auf 50 Millionen Kilogramm.

Wie von Heringen, so Reykjavik, werde Islands Festlandssockel auch bald von Dorschen leergefischt sein — durch Raub der Fremden. Nach Weltkrieg II seien die Zahl der laichfähigen Dorsche und ihr Durchschnittsalter ständig gesunken.

Fischereiminister Ludvik Josefsson nach der neuerlichen britischen Traw-

ler-Invasion: „So geht es nicht weiter, wir müssen schärfer reagieren.“

Islands Kanonenboote eskalierten den kalten Krieg mittels am Bug montierten Schneidegeräts: Sie legten es darauf an, die Trossen zwischen Trawler und Netz zu kappen. Entlastete Trossen aber können auf das Schiff zurückschnellen und Menschen gefährden. Und ein Schleppnetz kostet rund 80 000 Mark.

Britische Skipper funkten deshalb Notrufe in die Heimat; nach der ersten halbwegs geglückten Trennung von Schiff und Netz protestierte London offiziell gegen das Trossenspiel. Einer der Netzabschneider wurde von mehreren Trawlerbesatzungen mit Eisenstücken beworfen.

Vorigen Mittwoch steuerte die Royal-Navy-Fregatte „Aurora“, die ursprünglich bei den Färöern, 500 Kilometer südöstlich von Island, Eingreifposition beziehen sollte, mit neuem Kurs — direkt auf Island. „Sie ist“, versicherte die Londoner „Times“, „sicherlich jedem isländischen Kanonenboot überlegen.“

## JUGOSLAWIEN

### Kinder zu verkaufen

**Jugoslawien exportiert nicht nur erwerbsfähige Gastarbeiter, sondern auch elternlose Babys und minderjährige Kinder in den Westen. Stückpreis: etwa 3000 Mark.**

Drei schwedische Ehepaare erzählten es dem jugoslawischen Gerichtsdolmetscher in Stockholm, Milovan Kostić: Nach einwöchiger Reise durch das Land Titos hatten sie Verträge abgeschlossen, die ihnen noch in diesem Sommer je ein Jugo-Baby verschaffen.

Kostić forschte nach: In der Republik Serbien wurden bisher mindestens 90 Kinder auf Westkurs geschickt, dazu 52 aus Slowenien und 28 aus Mazedonien.

Schon im vorigen Jahr mußte sich der jugoslawische Delegierte auf einem Mailänder Kongreß über die Adoptionspraxis, Dr. Ivo Nedeljković, den Vorwurf anhören, Jugoslawien mache aus dem Versand kleiner Menschen ein Geschäft.

Den Gewinn machen einige Vermittler, so Belgrader Anwälte, die für ihr Makeln durchschnittlich 5000 Schwedenkronen oder über 3000 Mark kassieren. Das bestätigte die Belgrader Zeitschrift „Nin“.

Das Adoptions-Gesetz Jugoslawiens stammt noch aus der ersten Nachkriegszeit, als niemand es für möglich hielt, ein Ausländer könne je ein jugoslawisches Kind annehmen. So gilt für Ausländer lediglich eine allgemein ge-

haltene Klausel: Fremde dürfen nur in Ausnahmefällen das Adoptivrecht ausüben.

Jugoslawische Bürger aber scheuen vor Adoptionen zurück, weil nach geltender Auffassung eine Mutter noch nach 15 Jahren Trennung das Recht hat, ihr Kind zurückzuverlangen. Jugoslawen, die ein Kind annehmen wollen, ziehen daher ein Waisenkind vor.

So häufen sich die Ausnahmefälle für Ausländer: In Übersee, Schweden oder Westdeutschland dürfte eine serbische Mutter ihr Kind nach langer Trennung kaum noch suchen oder gar finden. Viele jugoslawische Gemeinden aber möchten sich ohne viel Aufsehen von einem finanziellen Ballast befreien. Einige unterentwickelte Kommunen etwa schulden einer Kinderbewahranstalt in der Zagreber Nazorova Ulica



Elternlose Kinder in einem Belgrader Heim: Versand nach Westen

Nr. 49 an Unterhaltskosten für die Findlinge ihrer Gemeinden rund 25 000 Mark.

Die Kosten für verlassene Kinder, die mitunter nur zufällig auf dem Territorium ihrer Gemeinde geboren oder aufgefunden werden, suchen sparsame Bürgermeister oder überlastete Anstaltsleiter oft auf dem Gerichtsweg auf andere abzuwälzen.

So wurde ein kleiner Siniša, in einem Zugabteil aufgefunden, jahrelang zwischen den beiden Gemeinden Dugo Selo und Ivanićgrad hin- und hergeschoben: Im Alter von drei Jahren hat er es nicht nur mit seiner Mutter, sondern schon mit zwei Kommunen verdorben.

Im montenegrinischen Nikšić lag der inzwischen drei Jahre alte Knabe Ranko zwei Jahre gesund in einem Krankenhaus, weil auch für ihn niemand aufkommen wollte. Das Belgrader Kinderheim in Voždovac fertigte aus ähnlichen Gründen kürzlich ein Kind in die Vereinigten Staaten ab, um die Kosten zu senken.

Jugoslawiens veraltete Ehegesetzgebung, die vielen Vätern unehelicher Kinder nur geringe Alimente abverlangt (jeder fünfte zahlt überhaupt nichts), läßt die Kinderliebe mancher Mütter verkümmern. So schätzt man allein in Serbien, Jugoslawiens größter Republik, die Zahl ausgesetzter Kinder auf rund 16 000; man findet sie in Nylonbeuteln, auf Bahnhöfen, in Mülltonnen, vor den Stufen von Gerichten und Kirchen und manchmal auch auf Reisen:

Der Angestellte Djordje Andjelković kam zu einem solchen Kind, als er eine Autostopperin mitnahm. In Indjija, einem einstmaligen deutschen Dorf in der Vojvodina, stieg die Frau aus, ohne sich je wieder um ihr zurückgelassenes Kind zu kümmern. Auf einem Markt im südserbischen Niš stellte ein Arbeitsloser, 54, seine fünf Kinder zum

Verkauf — seine Frau war ihm durchgebrannt.

Untergeordnete Gemeindefunktionäre erliegen der Versuchung, unversorgte Kinder jedem ernsthaften Interessenten anzubieten. Verantwortungsbewußtsein und eine geordnete Finanzlage der Adoptiveltern werden bei Ausländern vorausgesetzt. Haben die Kinder erst einmal die Landesgrenze passiert, kümmert sich der jugoslawische Staat ohnehin nicht mehr um sie. Nur seriöse Funktionäre bestehen vor der Kindesübertragung auf einem konsularischen Gutachten aus der Heimat der Adoptiveltern.

Diese Praxis, die Ende dieses Jahres durch eine Neufassung des jugoslawischen Adoptivrechts geändert werden soll, erlaubt noch ganz andere Möglichkeiten. Die Belgrader Zeitschrift „Nin“ mutmaßt, es gäbe sogar Gastarbeiterinnen, die auf Bestellung in der jugoslawischen Heimat gebären und ihre Kinder dem deutschen, französischen oder schwedischen Auftraggeber verkaufen.